DENKFABRIK R21

12. März 2025

Die Aufgaben einer neuen Bundesregierung

Von Martin Hagen (Geschäftsführer) & Martin Wiesmann (Vorsitzender des Beirats)

Die Ereignisse der vergangenen Wochen haben in dramatischer Weise verdeutlicht, dass sich die Bundesrepublik Deutschland in der tiefsten Krise seit ihrer Gründung befindet.

Mit der Abwendung der US-amerikanischen Administration vom westlichen Bündnis und seiner Hinwendung zu Russland brechen die Fundamente der äußeren Sicherheit Deutschlands und Europas. Nullwachstum, Strukturkrise, die Konsequenzen einer verfehlten Klima- und Energiepolitik sowie nachlassende internationale Wettbewerbsfähigkeit untergraben die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Das Fehlen einer Mehrheit unter den Parteien der Mitte im Bundestag für eine zwingend notwendige Korrektur der Migrationspolitik gefährdet die innere Sicherheit, schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und stärkt den politischen Extremismus. Bürokratie, Überregulierung und die Komplexität staatlicher Strukturen schwächen den Wirtschaftsstandort und unterminieren zudem die Handlungs- und Strategiefähigkeit des Staates.

REPUBLIK21 e.V.

Denkfabrik für neue
bürgerliche Politik
Baierbrunner Straße 25
81379 München

Telefon: +49 89 200 080752
Telefax: +49 89 288 555 25

info@denkfabrik-r21.de
www.denkfabrik-r21.de

VORSTAND

Prof. Dr. Andreas Rödder
Dr. Kristina Schröder
Dr. Harald Mosler

Amtsgericht München VR 209072
Finanzamt München 143/220/91134

SPENDENKONTO

Bankhaus Donner & Reuschel
IBAN: DE56 2003 0300 0011 7930 00
BIC: CHDBDEHHXXX

Paypal: info@denkfabrik-r21.de

In dieser Lage steht eine neue Bundesregierung vor historischen Herausforderungen. Das Signal, dass die Bundesrepublik Deutschland entschlossen ist, die Herausforderung ihrer Sicherheit anzunehmen und alles Notwendige zu unternehmen, damit die Sicherheit Deutschlands und Europas gewährleistet sind, ist richtig und zwingend. Um diesen Herausforderungen gewachsen zu sein, muss sie allerdings in allen Kernbereichen Sicherheit, Wirtschaft und Klima, Migration und effektiver Staat für eine konsequente Neuausrichtung der deutschen Politik sorgen. Eine solche Neuausrichtung ist nicht dadurch gewährleistet, dass die Bundesrepublik ihre derzeit moderate Staatsverschuldung um über 30% in die Höhe treibt. Nicht nur der seit 1990 höchste Tagesanstieg der 10jährigen Bundesanleihe hat daran erinnert, dass Staatsverschuldung nicht kostenlos zu haben ist und überdies erhebliche Konsequenzen für die Mitgliedsländer in der Eurozone hat. Die vorgelegten Pläne zur Grundgesetzänderung sowie das Sondierungspapier vom 7.3. müssen daher in wesentlichen Punkten verändert, an marktwirtschaftlichen Prinzipien ausgerichtet, und einer wachsenden Überlastung des Staates entgegengewirkt werden.

ÄUßERE SICHERHEIT

Verteidigungsausgaben als Kernaufgabe des Staates müssen mit Mitteln aus den jeweils laufenden Haushalten finanziert und entsprechend Prioritäten gesetzt werden. Kurzfristig ist es zweifellos geboten, eine schnelle und effektive Antwort auf die dramatischen Veränderungen unserer Sicherheitslage zu geben. Den Ausnahmetatbestand der Verteidigungsfinanzierung bei 1% statt mindestens 1,5% beginnen zu lassen und keine schrittweise Rückführung in den Bundeshaushalt vorzusehen setzt jedoch falsche Anreize und stellt langfristig die falschen Weichen. Sicherheit

ist nicht umsonst zu haben. Vorschläge wie das Streichen eines Feiertags nach dem Vorbild Dänemarks sind nicht nur mit Blick auf ihre Finanzierungswirkung, sondern auch auf den Beitrag, den sie zu einer Mentalitätswende leisten, zu prüfen.

Die Sicherheit Deutschlands ist künftig nicht ohne Europa zu gewährleisten. Seit Helmut Kohl hat es keine wegweisende europäische Initiative eines deutschen Bundeskanzlers gegeben. Jetzt ist der Moment für eine europäische Verteidigungsunion gekommen, die mit solchen europäischen Ländern einschließlich Großbritanniens zu realisieren ist, die zu gemeinsamer Rüstungsbeschaffung, industrieller Konsolidierung und strategisch-militärischer Koordination bereit sind. Das Ziel einer solchen Initiative kann nicht in erster Linie die Wiedererlangung eines amerikanischen Schutzversprechens sein, sondern muss die Abschreckung von und die Verteidigungsfähigkeit gegen die Gegner Europas gewährleisten.

Dies bedeutet kurzfristig, dass die erhöhten Rüstungsanstrengungen vorrangig der Unterstützung der Ukraine dienen müssen, die den Krieg, den Russland gegen die Ukraine führt, nicht verlieren darf. Die Europäische Union kann eine wichtige Rolle haben, wenn sie gemeinschaftlich für die zivile und militärische Finanzierung der Ukraine einsteht, was auch ohne gemeinsame Schuldenhaftung möglich ist. Mit zusätzlich lediglich 0,1 bis 0,2% ihres BIP können die Mitgliedsländer der EU einen Ausfall von US-Militärhilfe weitgehend kompensieren.

Mittel- und langfristig muss Europa eine glaubwürdige konventionelle und nukleare Abschreckungsfähigkeit entwickeln.

WIRTSCHAFT, STAAT, KLIMA UND ENERGIE

Das seit der deutschen Einigung gültige Geschäftsmodell Bundesrepublik Deutschland hat ausgedient. Nachlassende Wettbewerbsfähigkeit und

Protektionismus schwächen den Export, strukturelle Standortnachteile bringen Investitionen nach Deutschland zum Erliegen, Innovationen aus deutscher Forschung gelangen im Ausland zur Marktreife. Eine überambitionierte und gleichzeitig weitgehend wirkungslose Klimapolitik zerstört Industriearbeitsplätze und führt zu massiven Wohlstandsverlusten nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Europa. Die massive Ausweitung von Sozialhaushalten mit weiter steigenden Rentenlasten setzt Fehlanreize und verletzt das Prinzip der Generationengerechtigkeit.

Damit Deutschland aus der Stagnation herausfindet und in der Welt wieder eine ernstzunehmende Stimme wird, muss es im Inneren radikal umdenken. Ein selbstgerechtes, wirtschaftlich schrumpfendes und gesellschaftlich zerstrittenes Land wird nicht ernst genommen. Es braucht daher einen dreifachen Befreiungsschlag:

1. Der deutsche Staat muss aus der Überforderungsfalle heraus. Dafür muss er seinen Allzuständigkeitsanspruch aufgeben und sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Das erfordert keine Kettensäge, sondern den Mut, Kompetenzen zu bündeln, Behörden zu verkleinern oder zu schließen, Hierarchien zu straffen, Verbeamtung auf hoheitliche Aufgaben zu beschränken, die Finanzierung grüner und linker Vorfeldorganisationen zu beenden, Ministerien zu verschlanken und ihre Anzahl zu reduzieren. Der Bürokratieaufbau der letzten Jahre muss an der Wurzel gestoppt und rückgängig gemacht, die Digitalisierung der Verwaltung endlich ernsthaft vorangetrieben werden.
2. Die aktionistische, kleinteilige und dirigistische Wirtschaftspolitik der letzten Jahre ist gescheitert. Sie beruht auf der Anmaßung von Wissen und führt zu Fehlanreizen und zur politischen Einflussnahme von Einzelinteressen auf Kosten der Allgemeinheit. Steuer- und Sozialpolitik müssen daher an ihrer Anreizwirkung für Arbeit und Investitionen neu

ausgerichtet, anstelle lenkender Industriepolitik die Angebotsbedingungen für alle Unternehmen verbessert werden. Eine neue Bundesregierung muss daher mit einer mutigen Reform des Bürgergelds zur Mehrarbeit anreizen, flexiblere Arbeitszeiten und Renteneintritte ermöglichen und gleichzeitig die Rentensysteme durch Wiedereinführung eines Nachhaltigkeitsfaktors sowie längere Lebensarbeitszeiten demografiefest machen. Eine gesellschaftliche Priorität sollte die Eigentumsbildung für alle sein, z.B. durch höhere Freibeträge beim Erwerb von selbstgenutztem Eigentum oder der Absetzbarkeit von Finanzierungskosten.

3. Eine vollständige Neuorientierung ist in der Klima- und Energiepolitik erforderlich, da sich der deutsche Sonderweg als unbezahlbar, schädlich für den Standort Deutschland, destabilisierend für die Energiemärkte europäischer Nachbarn und wirkungslos für das Klima herausgestellt hat.

Ein nationales Klimaziel wie die Klimaneutralität bis 2045 ist als gut gemeinte Übererfüllung europäischer Klimaziele nicht nur systemwidrig, sondern schädlich. Zu den vordringlichen Maßnahmen gehören auch der Stopp der Subventionierungen der Solarenergie sowie des Ausbaus nicht steuerbarer Windkraft, die Zulassung von CCS und der Rückgriff auf heimische Ressourcen wie das Fracking, welches eine deutlich bessere CO2-Bilanz aufweist als LNG-Importe aus den USA.

Zudem muss die europäische Regulierung grundsätzlich auf ihre Klimawirkung hin überprüft und geändert oder gestoppt werden. Das gilt für geplante Maßnahmen im Gebäudesektor genauso wie für das Verbrennerverbot und die Vorgaben der Flottenrichtlinie für Fahrzeuge, die zum Einsatz kommende Technologien auf ihre CO2 Gesamtwirkung hin bewerten muss, statt einzelne Antriebe zu verbieten.

Mit Blick auf die langfristige Ausrichtung unserer Klima- und Energiepolitik sollten zwei Prioritäten im Vordergrund stehen: Zum einen der weitere Ausbau des CO₂ Handelssystems, des erfolgreichsten Ordnungsinstruments der Klimapolitik überhaupt. Dieses bietet auch die Basis für eine internationale Kooperation und Unterstützung von Ländern, die sich noch am Beginn ihrer industriellen Entwicklung befinden. Zum anderen muss die Zukunft eines sicheren, klimapolitisch wegweisenden und bezahlbaren Energiesystems neu überdacht werden, wozu auch eine Überprüfung und ggfs. Korrektur des Atomausstiegs gehört.

Nur eine wirtschaftlich erfolgreiche Transformation in Deutschland wird auch international wirkungsvoll sein und Vorbildwirkung entfalten können. Weder der vorgelegte Plan für einen Infrastrukturfonds, noch das Sondierungspapier werden in ihren Grundzügen und Einzelvorschlägen den Notwendigkeiten einer wirkungsvollen Wirtschaftswende gerecht.

MIGRATION BEGRENZEN UND STEuern, INTEGRATION FÖRDERN UND FORDERN

Der Flüchtlingszustrom der vergangenen zehn Jahre hat Deutschland überfordert. Unser Staat kann sich die Ressourcen, die zu seiner Bewältigung aufgebracht werden müssen, angesichts der multiplen inneren und äußeren Krisen nicht leisten. Zudem gefährdet eine ungesteuerte Massenmigration die gesellschaftliche und politische Stabilität und spielt unseren geopolitischen Gegnern in die Hände. Deshalb ist eine deutliche Reduzierung der irregulären Migration notwendig.

Dass sich Union und SPD in ihren Sondierungen auf Zurückweisungen an den deutschen Grenzen geeinigt haben, ist ebenso zu begrüßen wie die vorgesehene Rückführungsoffensive. Diese richtigen Schritte müssen in den Koalitionsvereinbarungen verankert und zeitnah umgesetzt werden, eine

grundlegende und nachhaltige Reform des Asyl- und Einwanderungsrechts muss ihnen folgen. Alle nationalen, europäischen und internationalen Regeln gehören auf den Prüfstand. Das betrifft auch das Individualrecht auf Asyl in seiner gegenwärtigen Ausgestaltung, welches durch eine humanitäre Kontingentlösung abgelöst werden könnte. Anerkennungsverfahren sollten vor der Einreise nach Europa, also in Drittstaaten stattfinden. Um den aktuell stärksten Migrationsströmen wirkungsvoller begegnen zu können, sollten überdies die Verhandlungen mit der Türkei über geeignete Abkommen wieder aufgenommen werden.

Während die irreguläre Migration spürbar zu reduzieren ist, muss Deutschland attraktiver für qualifizierte Fachkräfte werden. Zugleich ist für eine erfolgreiche Einwanderungspolitik neben der Integration in den Arbeitsmarkt auch die Anerkennung der freiheitlichen Demokratie und des Wertesystems der Bundesrepublik Voraussetzung. Dafür müssen nicht nur die aufnehmende Gesellschaft, sondern auch die Einwanderer selber Verantwortung übernehmen.